

AUS DEM KANTONS RAT

Diskussionen um die Plakatierung bei Wahlkämpfen

Am vergangenen Montag kamen die Geschäfte der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) vor den Kantonsrat. Mit einem Kommissionsantrag versuchten die Linken und Mitteparteien, Regeländerungen für die Plakatierung durchzusetzen, um der SVP den Wind aus den Segeln zu nehmen.



Erika Zahler
Kantonsrätin SVP
Boppelsen

Die Ratssitzung startete vorerst mit einem Geschäft zur Änderung der Gemeindeordnung. Bei den Verordnungsänderungen ging es um die kantonalen Zusammenschlüsse von Gemeinden mit Beratung und finanziellen Beiträgen. In der Gemeindeverordnung (VGG) werden in den §§ 41–46 die Höhe beziehungsweise die Berechnung der Beiträge geregelt. Die zweite Anpassung bezog sich auf funktionale Gliederung und den Kontenrahmen. Beide sind schweizweit harmonisiert. Im Dezember 2016 hat das Schweizerische Rechnungslegungsgremium (SRS) Änderungen festgelegt, die nun in der Gemeindeverordnung nachzuvollziehen sind. Im Schulbereich soll die feinere Gliederung für eine konkretere Einzelauswertungsmöglichkeit sorgen.

Fusion von Elgg und Hofstetten

Erika Zahler (SVP, Boppelsen) sprach für die SVP: «Der Zusammenschluss der beiden Gemeinden Elgg und Hofstetten und der Primarschule ist heute auf der Zielgeraden.» Die beiden Gemeinden und die Primarschulgemeinde haben sich im Januar 2017 an der Urne für einen Zusammenschluss entschieden. Das Ergebnis des Volkswillens war klar mit 90,9 Prozent JA in Hofstetten und 79,6 Prozent in Elgg. Für die SVP steht der Wille des Volkes im Zentrum. Ein gemeinsamer Gang von Gemeinden soll vom Volk getragen werden. Der Prozess muss aus den eigenen Reihen angestoßen und darf nicht von oben her diktiert werden. Das Volk

ist es denn auch, welches den Zusammenschluss gestalten und leben soll und muss. Nur so kann eine gute, gemeinsame Zukunft besprochen werden. Die SVP-Fraktion unterstützt den Zusammenschluss und wünscht den Gemeinden alles Gute auf dem zukünftigen, gemeinsamen Weg. Auch die anderen Parteien standen dem Beschluss positiv gegenüber. Mit den Worten «Gratulation auch von meiner Seite her. Es freut uns, dass auch das Volk dahintersteht» äusserte sich auch die Regierungsrätin Jacqueline Fehr zum Zusammenschluss. Die Kantonsratspräsidentin Karin Egli (SVP, Elgg) meinte abschliessend: «Als Elggerin freut mich Ihr Beschluss persönlich.»

Unnötige Vorschriften

Bei der Parlamentarischen Initiative «Mehr Demokratie bei Wahl und Abstimmungskämpfen» aus dem Jahr 2014 ging es um die Plakatwerbung beim Kanton und Gemeinden. Diese haben je eigene Kompetenzen betreffend Plakatierung. Der Kanton Zürich sei sehr restriktiv in der Regelung. Das Beispiel von anderen Kantonen und Möglichkeiten wurde genannt. Viele Fragen wurden gestellt, so auch «wer trägt die Kosten der Plakatstellen». Die Parlamentarische Initiative wurde am Morgen zurückgezogen zugunsten des geänderten Kommissionsantrags aus der STGK, in welcher die Gemeinden verpflichtet werden sollen, genügend Platz für alle Parteien bereit zu stellen. Armin Steinmann (SVP, Adliswil) vertrat die Meinung der SVP. Die Initianten haben der Verkehrssicherheit abgeschworen. Sie sind bereit, auf Kosten der Verkehrssicherheit mit der Zuplakatierung der Strassenränder mehr Ablenkung der Fahrzeuglenkenden zu verursachen. Dadurch wird die Aufmerksamkeit vom eigentlichen Strassenverkehr beeinträchtigt.

Schlimmstenfalls werden so die Schwächsten im Strassenverkehr, Kinder und ältere Leute, zusätzlichen Gefahren ausgesetzt. So sind die Initianten bereit, Menschenopfer in Kauf zu nehmen. Das hat nichts mit Fairness im Wahl- und Abstimmungskampf zu tun. Die linke Seite erwachte, als der SVP-Sprecher den Satz verlauten liess: «Da die Initianten nicht zwischen öffentlichen und privatem Grund unterscheiden, ist zu befürchten, dass sie sogar auf Enteignungen bei privatem Landbesitz abzielen.»

Die Linke mit den Mitteparteien wehrte sich verbissen mit zahlreichen Doppelvoten. Die Regierungsrätin Jacqueline Fehr präsentierte die Meinung des Regierungsrates. Der Regierungsrat fragte sich, ob da wirklich die obere Instanz angerufen werden und diese auch entscheiden soll? Die Gemeindeautonomie soll gewahrt werden, deshalb stehe die Regierung hinter dem Minderheitsantrag. In einer 2. Lesung wird das Geschäft abschliessend behandelt.

Mitspracherecht für Gemeinden stärken – Ergänzung des EG KESR

Bei der EG KESR geht es um Mitsprache und Einbindung der Gemeinden bei Massnahmen der Kinder- und Erwachsenenschutz-Behörde (KESB). Um dies umsetzen zu können, bedingt es eine Gesetzesänderung im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KESR) vom 25. Juni 2012. Auch wenn schon einige Anpassungen und Verfeinerungen gemacht wurden, sog. Empfehlungen, sind diese «Kann-Versionen» nicht verbindlich. Votanten hielten dagegen mit dem Argument, dazu brauche es keine Regelung auf Gesetzesstufe und dass es ein übergeordnetes Gesetz auf Bundesstufe gebe. Es wurde Eintreten beschlossen. Das Geschäft wird später in einer 2. Lesung abgeschlossen. Tumasch Mischol (SVP, Hombrechtikon) sprach

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Endlich – mehr Mitsprache der Gemeinden bei KESB-Entscheidungen!



Tumasch Mischol
Kantonsrat SVP
Hombrechtikon

Durch die Neuorganisation des Vormundchaftswesens und die Regionalisierung der Behördenorganisation im Kindes- und Erwachsenenschutz wurden die Gemeinden zu reinen «Zahlstellen» degradiert. Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ist für die Anordnungen der Massnahmen zuständig, die Gemeinden subsidiär für die Finanzierung. «Wer zahlt, befiehlt» galt im Kindes- und Erwachsenenschutz nicht, die Informationen flossen nur sehr beschränkt.

Eine Parlamentarische Initiative nahm den diesbezüglichen Unmut vieler Gemeinden und kommunalen Behörden auf und forderte, dass der gesetzliche Spielraum im ZGB in Bezug auf den Informationsaustausch besser genutzt wird. Seit 1. August 2014 werden zwar Empfehlun-

gen für den «Einbezug der Gemeinden in kinderschützrechtlichen Verfahren mit erheblichen Kostenfolgen» angewendet. Diese Empfehlungen sind ein Schritt in die richtige Richtung. Die SVP war aber klar der Meinung, dass die Verbindlichkeit dieser Empfehlungen im Gesetz geregelt werden soll.

Dieses Abbilden der Praxis im Einführungsrecht zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht gewährt den Gemeinden vermehrt Mitsprache. Die Gemeinden erhalten die Gelegenheit zur Stellungnahme, insbesondere in Fällen mit erheblichen Kostenfolgen.

Die vorberatende Kommission hat das Anliegen unterstützt und dem Kantonsrat eine entsprechende Vorlage unterbreitet. Damit wird eine Schnittstelle zwischen der KESB und den Gemeinden optimiert und eine Klarheit im Spannungsfeld Kindes- und Erwachsenenschutz geschaffen. Der Kantonsrat hat die Vorlage in erster Lesung beraten. Es ist absehbar, dass die Mitsprache der Gemeinden in KESB-Gemeinden in der Schlussabstimmung in den kommenden Wochen beschlossen wird.

für die SVP. Weitere Details siehe unter «Kommentar zur Ratssitzung».

Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht 2017

Der Wirksamkeitsbericht macht Aussagen über die Berichtsperiode vom 2.1.12–1.1.2016. Behandelt werden im Bericht die Entwicklung der Gemeinden betr. Wachstum, Strukturen und Belastungen. Verschiebungen gab es laut dem ausführlichen Buch in der Gesundheit, Soziallasten und Bildung.

Im Bericht wird klar deklariert, dass der Kanton keine zusätzlichen Kosten übernehmen will. Die Wirksamkeit im Finanzausgleich funktioniert recht gut. Leider habe die Disparität (Unterschiede zwischen den Gemeinden) zugenommen. Dieser Entwicklung gilt ein besonderes Augenmerk und sie muss ver-

folgt werden. Ursula Moor-Schwarz (SVP, Höri) fasste den Wirksamkeitsbericht für die SVP wie folgt zusammen: Der Regierungsrat erstattet dem Kantonsrat zum dritten Mal Bericht über den Stand der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden und über den Handlungsspielraum der Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Sie verwies auf den Fachbeitrag. Dieser hat die Aufgabe, das Gemeindeamt beim Vollzug des Individuellen Sonderlastenausgleichs (ISOLA) zu beraten. Im Bericht wurde vom Regierungsrat festgehalten, dass er zurzeit betreffend ISOLA keinen Anpassungsbedarf im Finanzausgleichsgesetz sehe. Die SVP wird die vorliegenden Daten in den einzelnen Geschäften kritisch in die Entscheidungsprozesse miteinbeziehen und die politische Gewichtung vornehmen.

PARTEIGRÜNDUNG VOR 110 JAHREN

Jubiläumsfest der SVP Bezirk Bülach

Die SVP Bezirk Bülach durfte 160 Mitglieder und Gäste im Hotel Kameha Grand zum Herbstfest 2017 begrüßen. Dabei wurde der Parteigründung vor 110 Jahren gedacht. Es sprach Regierungsrat Ernst Stocker, umrahmt vom Jodelklub Bärgerve und Nicolas Senn am Hackbrett.

SVP Bezirk Bülach. Der Apéro im festlichen Gala-Saal des Grand Hotels war ein beeindruckender Empfang. Schliesslich eröffneten der Opfiker Gemeindepräsident Ueli Weidmann und Sektionspräsident Richi Muffler den Abend mit einer Vorstellung der Stadt Opfikon-Glattbrugg-Glattpark: «Anhand der Anzahl Stimmberechtigten sind wir ein Dorf – managen damit aber eine Stadt (Ausländeranteil 46 Prozent, höhere Sozialhilfebezügerquote als Städte Zürich und Winterthur, rund 20 000 Einwohner). Die SVP ist wählerstärkste Partei. Richi Muffler war zusammen mit seinem Vize, Tan Birlesik, auch «Tätschmeister» des Abends. Sie leiteten über zur Vorspeise und den besinnlichen Klängen des Jodelklubs.

In Bülach nahm die SVP ihren Anfang

Am Ostersonntag 1907 versammelten sich gegen 500 Männer in der Kirche Bülach zur Gründung der «Demokratischen Bauernpartei Bezirk Bülach». Treibende Kraft war, wie zehn Jahre später bei der Gründung der Kantonalpartei, Nationalrat Fritz Bopp, der sich mit dem Bezirksgewerbeverband verkracht hatte. Es durften auch Nichtbauern Mitglied werden. Effekt war, dass die meisten Landwirte im Bezirk, die bisher die Demokratisch-Freisinnige Liste gewählt hatten, ihre Stimmen der neuen Partei gaben (was die FDP bis heute ärgert). Bei den ersten Proporzahlen 1917 lesen wir darüber auf ei-

nem Flugblatt: «Ist die angebliche Gewerbevertretung nur ein Theatervorhang, hinter dem man Gaukelspiel treibt und persönliche Streberei befriedigt?» Eine Frage, die SVP-Politikerinnen und -Politiker heute nach wie vor beschäftigt, wenn, leider oft, die Fraktion der FDP bei grundbürgerlichen Anliegen anders stimmt. Die Bauernpartei des Bezirks eroberte sieben von zwölf Sitzen im Kantonsrat und stand kräftig da, als die Bauernpartei des Kantons gegründet wurde.

Parteimitglieder sind bessere Behörden

Die SVP Bezirk Bülach hat heute über 1300 Mitglieder, ziemlich genau ein Zehntel davon sind in Gemeinden, Be-

zirk oder Kanton in einem Behördenamt tätig.

Vernetzung untereinander und zu vielen Mitgliedern, Fachkommissionen und die kritische Prüfung der eigenen Behördenarbeit an Sitzungen und Versammlungen sind Vorteile, die Parteilose nicht haben. «Parteilose sind deshalb bessere Behörden», so Kantonsrat Matthias Hauser, Präsident der Bezirkspartei, in seiner Begrüssungsrede. Das Herbstfest ist ein Anlass, bei dem diese Vernetzung gelebt wird. Die Gemeindegewählten stehen bevor: Damit in künftigen Behörden diskutiert wird und sich die Vernunft auch durchsetzt, haben die SVP-Sektionen gute Kandidaten nominiert und «secklen» im Wahlkampf. Doch zuerst die Stärkung durch Nicolas Senn und das feine Dinner.

Das Herbstfest findet jedes Jahr in einer anderen Gemeinde statt – oft im gemütlichen Gemeindegarten – heuer aber im modernen Hotel im aufstrebendsten Quartier der Schweiz: Dem Glattpark. Auf 67,5 Hektaren zwischen Flughafen und dem Stadtrand von Zürich wurde über eine Milliarde verbaut: See, Parks, Strassen und modernste Architektur für 7000 Arbeitsplätze und Wohnraum für 7000 Personen! Das Jubiläumsfest an diesem Ort zeigt: Wirtschaftsfreundlichkeit und Verwurzelung im Bauernstand sind alles andere als Gegensätze – wie die Musik von Nicolas Senn: traditionell, doch modern und kein bisschen verstaubt: Die Musik passte perfekt zum Thema!



Regierungsrat Ernst Stocker
gratuliert zum Jubiläum.



Herbstfest SVP Bezirk Bülach: 160 SVP-Mitglieder im Gala-Saal.

Gratulation von Ernst Stocker

Das verkörperte auch der geladene Festredner: Der «Wädenswiler-Seebube» Regierungsrat Ernst Stocker, Finanzdirektor und früher Volkswirtschaftsdirektor des Kantons, sorgt als Bauer, der noch seine eigene Scholle bewirtschaftet, für einen modernen Wirtschaftsstandort Zürich. Er gratulierte der Bezirkspartei, betonte, wie wichtig die Parteibasis und die Gemeinden, trotz allen Unterschieden, für einen starken Kanton Zürich sind. Und das Milizsystem: «In Deutschland hätte ich nie Finanzdirektor werden können: Da geht der Weg des Politikers vom Gebärsaal in den Hörsaal und dann in den Parlementsaal. Es ist wichtig, dass wir die Verbundenheit zum Alltag behalten!», so Ernst Stocker.

Trotz allen ernsten Gedanken: Im Vordergrund – gerade beim Herbstfest – steht der Genuss des Abends. Die Show von Nicolas Senn ging noch weiter, mit dem Jodelklub Bärgerve zusammen harmonische Klänge, dazu wurde Des-

sert serviert, es gab eine Verlosung, zu welcher Nationalrätin Barbara Steineemann feine Preise sponserte. Möge das Herbstfest noch lange zu den Traditionen gehören: Aufgegleist ist dies: Nächstes Jahr am 2. November in Eglisau und auch längerfristig: Die Junge SVP Züri Unterland war mit einem eigenen Tisch gut vertreten! Die eigenen sechs Kantonsrätinnen und Kantonsräte waren vollständig da, ebenso Oberrichter Dr. Georg Daetwyler, Statthalterin Karin Müller, Stadtrat Bruno Maurer und drei Bezirksrichter. Zudem waren wir sehr glücklich über Besuche aus anderen Bezirken: Kantonalparteipräsident Kantonsrat Koni Langhart, Präsident SVP Bezirk Meilen, Kantonsrat Christian Hurter, Präsident Gewerbeverband Bezirk Dielsdorf, Kantonsrat Jürg Sulser sowie die Kantonsräte Martin Haab und Hans-Peter Amrein. Dazu kamen, wie schon erwähnt, viele aktive Sektionspräsidenten, Vorstandsmitglieder und Gemeindebehörden. Ein wunderbares Fest.